



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild**
SPD

Haushaltsplan 2021;

**hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket
(Kap. 09 06 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird eine neue TG „Öffentlicher Personennahverkehr (Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket)“ mit einer Verpflichtungsermächtigung von 40.000,0 Tsd. Euro, fällig im Jahr 2022, ausgebracht.

Begründung:

Um im Sinne einer sozialverträglichen, inklusiven und barrierefreien Verkehrswende den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Bayern für Seniorinnen und Senioren kostenlos nutzbar zu machen, wird in dieser TG eine Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 40 Mio. Euro ausgebracht. Dadurch wird der Einstieg in ein kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket in diesem Herbst möglich, da durch die VE die für das Folgejahr erforderlichen Zusagen für die dann fälligen Abrechnungen der Verkehrsgesellschaften erfolgen können. Mit den Mitteln werden die Leistungsanbieter, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, vergütet.

Ältere Menschen sollen ohne Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Gerade für Seniorinnen und Senioren sind ÖPNV-Angebote oft besonders notwendig, um beispielsweise alltägliche Besorgungen zu machen oder Arztbesuche wahrnehmen zu können. Um ihnen eine hohe Mobilität in allen Alltagssituationen zu ermöglichen, ist die Einführung eines kostenlosen Tickets ein geeignetes Instrument. Nicht zuletzt ist zu beachten, dass diese Bevölkerungsgruppe überproportional von Armut betroffen ist. Der Freistaat Bayern soll darüber hinaus die erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um in einem flächendeckenden System der bayerischen Verkehrsverbünde ein solches Seniorinnen- und Seniorenticket einzuführen.

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztendlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der bayerische Verkehrssektor allein richtet durch seine Treibhausgasemissionen nach Schätzungen einen Schaden von mehreren Milliarden Euro pro Jahr an Folgekosten (vor allem für Umwelt und Gesundheit) an, Tendenz steigend. Eine Wende vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß lohnt sich also für Bayern.

Die Änderungsanträge der SPD-Landtagsfraktion mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat Bayern eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.